

Mai 2017

## Hochschul-und Wissenschaftsreform in Russland

### Der lange Abschied vom sowjetischen System

Dr. Gregor Berghorn  
ehem. Leiter der DAAD – Außenstelle Moskau  
und Direktor des DIWH Moskau

## Inhalt

1. Perestrojka mit Verspätung.....	3
1.1 Ungleichgewichte .....	4
1.2. Reform wegen demographischer Veränderungen .....	5
2. Welche Ziele, Maßnahmen und Änderungen lassen sich bisher erkennen? ....	6
3. Globalziele der Hochschulreform.....	9
3.1. Reduktion der Hochschulkapazitäten.....	9
3.2. Auflösung der Monoprofilhochschulen .....	11
3.3 Einführung des Wettbewerbssystems .....	12
3.4 Erhöhung und Sicherung akademischer Qualität.....	14
3.5. Finanzsteuerung durch Senkung der Budgetplätze.....	17
3.6. Internationalisierung der Universitäten .....	18
4. Reformen im Bereich der Akademie der Wissenschaften .....	19
4.1 Grundlegende Kritik an der Akademie als Institution.....	19
4.2. Gründung der FANO.....	20
4.3 Externe Reformvorschläge zur Struktur der Akademie .....	21
4.4 Eine andere Wissenschaftskultur .....	23
5. Die Reform als Entsojetisierung von Bildung und Wissenschaft .....	24
5.1 Neue Verantwortung versus alte Reflexe .....	25
5.2 Geistes- und Sozialwissenschaften.....	26
6. Weiterer Reformbedarf.....	27
7. Wende oder Ende der Reform?.....	29

## 1. Perestrojka mit Verspätung

Von der westlichen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und allenfalls ansatzweise von einer begrenzten Fachwelt registriert, vollzieht sich gegenwärtig in der russischen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft ein Wandel, der in Quantität und Qualität in der Geschichte Russlands beispiellos ist.

Der Prozess kommt eher einer Transformation gleich, da die Fülle und die Auswirkungen der Maßnahmen mehr als nur eine korrigierende Reform darstellen. Eigentlich hat die Perestrojka erst jetzt, mit jahrzehntelanger Verspätung, das Hochschul- und Wissenschaftssystem Russlands erreicht. Denn im Kern der Reform geht es nun um die endgültige Herauslösung dieses Systems aus dem ererbten Bildungs- und Wissenschaftssystem der früheren Sowjetunion und um die Modernisierung und Neuausrichtung eines über 20 Jahre lang vernachlässigten Sektors mit seiner weitreichenden Schlüsselfunktion und Langzeitwirkung.

Als wohl ihr einziges positives Erbe hatte die untergegangene Sowjetunion ihren Nachfolgestaaten, und hier insbesondere der Russischen Föderation und der Ukraine, ein effizientes und tragfähiges Bildungs- und Wissenschaftssystem hinterlassen, das zumindest in diesen beiden Ländern aufgrund seiner Binnenstrukturen und Spitzenzentren zu einer selbständigen Weiterentwicklung in allen Bereichen fähig gewesen wäre und das in seinen Spitzenleistungen jedem internationalen Vergleich standgehalten hätte.

Mit einem flächendeckenden und qualitätsorientierten Aufbau des Schul- und Hochschulsystems in den 20er und 30er Jahren und dann nochmals in Sibirien und in Zentralasien in den 50er Jahren des 20. Jhd., begleitet von einem substantiellen Ausbau der Akademie der Wissenschaften, hatte die Sowjetunion, zumindest in diesem Bereich, ein Kernversprechen der Revolution eingelöst. Bildung wurde ein Allgemeingut und genießt bis heute eine hohe gesellschaftliche Reputation.

Die Sowjetunion war nach strategischen Gesichtspunkten aufgebaut worden, und die Hochschulen hatten mit ihrer Aufgabe der „Kaderausbildung“, der Ausbildung von Fachkräften für die planwirtschaftlich verfassten Ziele, ihren festen Platz in diesem Konzept.

Die Perestrojka und die Zeit nach der Auflösung der UdSSR bedeuteten zwar den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau des alten Systems, der Hochschul- und Wissenschaftsbereich blieb aber über zwei Jahrzehnte weitgehend vom allgemeinen Systemwandel ausgespart. Denn im Vergleich zu den anderen Systemen „funktionierte“ dieser Bereich zunächst noch zufriedenstellend. Eine inhaltliche, strukturelle und personelle Erneuerung, eine Neuausrichtung auf die gewandelten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen oder eine Reaktion auf die neuen Anforderungen der Wirtschaft an das Profil der Hochschulabsolventen, fanden nicht statt.

Änderungen wurden nur partiell vorgenommen. Die „Ideologiefächer“ alter Art wurden zwar schon sehr früh abgeschafft, aber sofort durch neue, „modernere“ Äquivalente, die sog. Föderalen Fächer ersetzt. Sport und die Vertiefung einer Fremdsprache als Pflichtfächer des 1. Studienjahres sind sogar geblieben. Die Gründung von nichtstaatlichen Hochschulen wurde erlaubt, die Umwandlung des Status der „Institute“ zu Fachakademien oder zu Universitäten wurde erleichtert.

2003 trat Russland dem Bologna-Prozess bei, vollzog aber nicht systematisch die Modularisierung des Studiums. Die Einführung der zweistufigen Studienstruktur „Bakalavr“ und „Magister“ verlief widerwillig. Gegen die Einführung des sich über Jahre hinziehenden neuen Aufnahmeverfahrens in die Hochschule in Form einer zentralen „Einheitlichen Staatsprüfung“ (EGE) gab es heftigste Widerstände. Lediglich das Fach Wirtschaftswissenschaften durchlief sehr rasch eine vollständige inhaltliche Metamorphose.

### 1.1. Ungleichgewichte

Gab es in der Endphase der UdSSR bei 240 Mio. Einwohnern ca. 450 Universitäten und Hochschulen für etwa 4,5 Mio. Studenten, zählte die Russische Föderation 2012 bei einer Bevölkerung von 142 Mio. Einwohnern 7,5 Mio. Studierende in 600 staatlichen, 500 nichtstaatlichen Hochschulen und noch einmal in ca. 1.300 Hochschulfilialen. Den quantitativ geradezu explodierten Zahlen stand aber kaum eine qualitative Erneuerung gegenüber. Die inneren Strukturen und Organisationsformen der Hochschulen, die Lehrinhalte und Methoden, die wissenschaftlichen Qualifizierungsformen, die technische Ausstattung und die personelle Erneuerung waren weitgehend unterblieben. Die Perestrojka ist an Hochschule und Wissenschaft vorbeigegangen und hat sie nur indirekt tangiert. Denn die jahrelange Unterfinanzierung, die bauliche und technische Vernachlässigung, die verkrusteten Organisationsstrukturen, die Überalterung der Lehrkräfte und das völlige Fehlen eines modernen Konzeptes zur Rolle der Universitäten in einer veränderten Gesellschaft haben fast jede Entwicklung verhindert und den Wert der Universität in Frage gestellt. Eine grundlegende Reform zur Adaption des Hochschulsystems und des Wissenschaftsbereiches ist unterblieben. Die seit Ende der 1990er Jahre sprunghaft gestiegene Bereitschaft russischer Abiturienten, lieber im Ausland – und hier vor allem in Deutschland – und nicht mehr in Russland zu studieren, war der augenfälligste Beweis für die Absage an das heimische Bildungssystem. Man traute ihm nicht mehr zu, qualifiziert auf einen Beruf vorzubereiten. Verschärft wurde die Situation durch die Abwanderung der fähigsten und begabtesten Nachwuchswissenschaftler an ausländische Hochschulen und Forschungszentren oder in die sich rasch entwickelnde heimische Wirtschaft. Von dieser Erscheinung waren die russischen Hochschulen und die Akademie der Wissenschaften in gleicher Weise betroffen. Binnen 15 Jahren hat Russland fast eine komplette Generation von jüngeren Wissenschaftlern verloren. Die Rede ist von 30.000 Personen. Neben den unzureichenden sozialen Rahmenbedingungen, wie z.B. niedrige Renten, die viele ältere Hochschullehrer und Wissenschaftler zwang, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten, ist gerade in der Abwanderung der mittleren Generation die Hauptursache für die Überalterung an Hochschule und Akademie zu suchen.

Das beeindruckend hohe Arbeitsethos der Hochschullehrer sorgte zunächst für eine freilich trügerische Kontinuität der Ausbildung und Wahrung des Standards, allerdings nach den Zielen eines untergegangenen Systems. Nach der Finanzkrise von 1998, als der Staat den Hochschulen und der Akademie der Wissenschaften bedeutete, dass sie sich künftig selbst stärker um ihre Finanzierung sorgen müssten, haben die Hochschulen damit begonnen, ihre Potentiale zu kommerzialisie-

ren. Sie wurden zu Unternehmern, ohne dafür gerüstet zu sein. Korruption, Verkauf von Qualifizierungen und Studienplätzen, die Erhebung von Studiengebühren, Verpachtung oder Zweckentfremdung der ihnen übertragenen Liegenschaften, Einstieg in universitätsfremde Geschäfte und eine generelle Kommerzialisierung bildeten die neuen Einnahmequellen.

Erst unter der Präsidentschaft von Dmitrij Medwedev (2008 bis 2012) und im Zuge der von ihm forcierten Modernisierungspolitik formierten sich erste neue Konzepte und Überlegungen zu einer Hochschulreform, verstärkt auch von den Alarmrufen der russischen Wirtschaft, die mit den Profilen der jungen Hochschulabsolventen unzufrieden war. Im Vorgriff auf die später so genannten „Führenden Universitäten“ wurden die Staatsuniversitäten Rostov/Don und Krasnojarsk sowie zwei hervorragende Technische Moskauer Universitäten (MISiS und MIFI) als Modelle für Föderale bzw. für Nationale Forschungsuniversitäten erprobt. Die steigenden Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl und Erdgas kamen auch der – äußeren – Wiederherstellung der Hochschulen zugute. Mit dem Projekt Skolkovo sollte ein dem kalifornischen Silicon Valley ebenbürtiges Innovationszentrum entstehen, an das hohe Erwartungen zur Modernisierung der russischen Wirtschaft geknüpft wurden.

Alle Diskussionen und Bemühungen um eine Modernisierung Russlands offenbarten aber auf erschreckende Weise, dass diejenigen, die die Modernisierung hätten tragen und realisieren sollen, nicht die fachlichen, organisatorischen und persönlichen Voraussetzungen dafür aufweisen konnten. Denn die für fachliche Qualifizierung zuständige gesellschaftliche Institution, die Hochschule, war dazu nicht oder nur noch begrenzt in der Lage. Vor allem die Lehrinhalte waren nicht auf die neuen Anforderungen umgestellt worden. Die russische Universität produzierte nach wie vor Absolventen mit Qualitäten, die sich weiterhin am sowjetischen Standard und an längst überholten Strukturen und Wirtschaftsabläufen orientierte, und das sowohl fachlich - inhaltlich als auch methodisch - didaktisch sowie mit einem veralteten Persönlichkeitsbild.

### **1.2. Reform wegen demographischer Veränderungen**

Der Zwang, über eine Hochschulreform nachzudenken, wurde ganz entscheidend verstärkt durch die Auswirkungen des demographischen Einbruchs, den die drastischen Geburtenrückgänge Anfang der 1990er Jahre verursacht hatten und der ab 2010/11 auf die Hochschulen zurollte. Die Zahl der Hochschuleinrichtungen war, gemessen an den ab 2010 sinkenden Studienanfängerzahlen, zu hoch und finanziell nicht mehr zu vertreten. Die Zahl der Schulen war bereits schon früher aus eben diesen demographischen Gründen gesenkt worden. Bedingt durch eine hohe Übertrittquote von der Schule zur Hochschule, verschärfte sich der Mangel an Fachkräften im praktischen Bereich und an Arbeitskräften insgesamt, was seinerseits wiederum eine erhöhte und unerwünschte Arbeitsmigration aus Zentralasien, Moldawien und der Ukraine zur Folge hatte. Die Streitkräfte klagten über zu wenig und zu wenig gut ausgebildete Rekruten, zumal ein ganz offensichtlicher, parteienübergreifender und unausgesprochener Konsens bestand und immer noch besteht, Studierende nicht während des Studiums zum Wehrdienst einzuziehen und das Rekrutenalter nicht auf 17 Jahre zu senken. Die Hochschulreform

musste also auch eine Antwort auf Erscheinungen sein, die anscheinend weit abseits der eigentlichen Problematik lag.

In seiner programmatischen Vorab-Regierungserklärung im Frühjahr 2012 kündigte der Präsidentschaftskandidat Vladimir Putin die künftigen Leitlinien seiner neuen Hochschulpolitik für die Zeit von 2013 bis 2020 an: Absenkung der Zahl der Hochschulen, der staatlichen wie der nichtstaatlichen, um 40 Prozent, die Einführung des weltweit üblichen Wettbewerbsprinzips als Voraussetzung für eine Mittelvergabe, Steigerung der Effizienz von Hochschulen, die Wiederherstellung von Qualität in Forschung und Lehre sowie eine längst überfällige Internationalisierung der Hochschulen. Für die Umsetzung dieser Jahrhundertaufgabe berief Putin den Rektor der Moskauer Universität für Stahl und Legierungen (MISI), Dmitrij Livanov, zum Minister für Bildung und Wissenschaft und Chefkoordinator des Umbauprozesses. Sein Vorgänger Andrej Fursenko wurde Berater des Präsidenten und gehört mit zu der kleinen Strategiegruppe, die die Reform konzeptionell mitgestaltet und den Prozess mit eiserner Hand und mit Unterstützung des Kremls vorantreibt.

Das übergreifende Ziel und alles durchdringende Prinzip ist die endgültige Herauslösung der russischen Universität aus dem einstigen sowjetischen Hochschulkonzept, das mit seiner „Kaderausbildung“ für eine Planwirtschaft ausgelegt war, die keinen Wettbewerb und keine dynamische Entwicklung in der Arbeitswelt kannte. Das Hauptmerkmal des durchschnittlichen russischen Hochschulabsolventen war seine fehlende Selbständigkeit. Die Einführung des Wettbewerbsprinzips und der Verlust ihrer einst systemhaft abgesicherten Finanzierung haben die russischen Hochschulen als die empfindlichsten Reformmaßnahmen erfahren.

## **2. Welche Ziele, Maßnahmen und Änderungen lassen sich bisher erkennen?**

Deutlich erkennbar ist eine Doppelstrategie: Während einerseits bei der Masse der Hochschuleinrichtungen die Transformationsmaßnahmen noch im Gange sind, wurde andererseits mit den „Führenden Universitäten“, die den Transformationsprozess bereits durchschritten haben, eine Anzahl von Universitäten identifiziert, in denen Russland seine wissenschaftliche Zukunft sieht und die das internationale Aushängeschild sein sollen.

Diese Gruppe von bisher 45 Universitäten umfasst die beiden autonomen Staatsuniversitäten Moskau und St. Petersburg, neun Föderale Universitäten – eine für jeden Großbereich der Russischen Föderation außer dem Zentralbereich – 29 Nationale Forschungsuniversitäten sowie eine kleine Anzahl politisch relevanter Hochschulen mit einer Sonderstellung im Gesamthochschulsystem. Mit Simferopol ist 2014 die 10. Föderale Universität für den neuen Großraum Krim hinzuge treten.

Die beiden autonomen Staatsuniversitäten, häufig auch als Nationaluniversitäten bezeichnet, nehmen im gegenwärtigen russischen Hochschulsystem eine Sonder-



stellung ein. Sie unterstehen nicht mehr dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft, sie werden unmittelbar aus dem Staatsbudget als eigene Etatposten und direkte Zuwendungsempfänger finanziert, ihre Rektoren werden vom Präsidenten der Russischen Föderation ernannt, bestätigt oder ggfs. auch abgelöst. Die Rektoren können sich unmittelbar an den Präsidenten wenden, dieser aber auch an sie. Sie genießen eine größere akademische Freizügigkeit – so etwa soll das neue Promotionsverfahren nach dem PhD-Prinzip an diesen beiden Universitäten erprobt werden -, sie sind für übergreifende nationale Aufgaben zuständig. Ihre internationale Integration ist daher ausdrücklich erwünscht und wird gefördert. Abweichend von der üblichen Gepflogenheit, dass Abschlussdokumente – Diplom specialista, Bakalavr und Magister – auf einem für alle russischen Hochschulen nach einem einheitlichen Design erstellten Dokument vergeben werden, das vom Bildungsministerium verbindlich vorgegeben ist, haben die beiden Staatsuniversitäten Moskau und St. Petersburg das Recht erhalten, die Abschlussdokumente nach einem eigenen Design zu gestalten.

Aufgabe der Föderalen Universitäten ist es, neben der klassischen Wahrnehmung von Lehre und Forschung, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region voranzubringen sowie durch Technologietransfer, Wirtschaftskooperationen und Innovationen den Standard der regionalen Wirtschaft zu verbessern. Im Hinblick auf die polyethnische Zusammensetzung der Russischen Föderation und auf die damit gegebenen latenten Konfliktpotentiale sind einige Föderale Universitäten – Kasan in Tatarstan, Stavropol im Nordkaukasus – dazu aufgefordert, Maßnahmen zur Bewahrung des interethnischen Friedens zu treffen und am Ausgleich der unterschiedlichen Nationalitäten mitzuwirken. In einem modernen Sinne haben die Föderalen Universitäten die Aufgabe von „smart universities“. Standorte der Föderalen Universitäten sind Kaliningrad für den Föderalen Bereich Nordwest, Archangelsk für den Bereich Arktis, Yakutsk für den Nordosten, Vladivostok für den Fernostbereich, Krasnojarsk für Sibirien, Ekaterinburg für den Ural, Kasan für das Wolgaeinzugsgebiet, Rostov/Don für den südrussischen Raum, Stavropol für die Nordkaukasusregion und Simferopol für die Krim.

Die 29 Nationalen Forschungsuniversitäten sollen in zunehmendem Maße die Grundlagenforschung an sich ziehen. Langfristig werden dafür auch Fusionen mit Instituten der Akademie der Wissenschaften vorgesehen, wenn eine räumliche Nähe und ein kompatibles Profil bei beiden Partnern vorliegen. Eine derartige Fusion wurde bereits 2015 in Nizhnij Novgorod zwischen der Universität und dem Akademieinstitut für Radiophysik vollzogen. Clusterbildungen, bestehend aus Hochschule und Akademie, sind weiterhin zu beobachten im Altai/Südsibirien für Landwirtschaft und in Dagestan/Nordkaukasus im Bereich Medizin.

Die Nationalen Forschungsuniversitäten verteilen sich auf Moskau (zehn), St. Petersburg (fünf), je zwei befinden sich in Kasan, Perm und Tomsk und jeweils eine in Belgorod, Nizhnij Novgorod, Samara, Saratov, Saransk, Tschelyabinsk, Novosibirsk und Irkutsk.

Die Gruppe der Führenden Universitäten hat sich nicht nach einem einheitlichen Prinzip konstituiert. Die beiden „Flaggschiffe“ der russischen Hochschullandschaft, die staatlichen Nationaluniversitäten Moskau und St. Petersburg – beide sind auch die ältesten russischen Universitäten -, galten als „gesetzte“.

Zu Föderalen Universitäten wurden die Hochschulen ausgewählt, bei denen sich erkennbar wissenschaftliche Leistung mit der Fähigkeit verband, der regionalen Wirtschaft innovative Impulse vermitteln und neue wirtschaftliche Entwicklungen anzustoßen zu können. Um diese Wirkung zu verstärken, wurden weitere Hochschulen der gleichen Stadt oder der nahen Region an die Föderalen Universitäten angeschlossen. Die Rektoren dieser Hochschulen werden vom Generalgouverneur der Großregion ernannt und kommen überwiegend aus der regionalen Administration oder Politik. Sie müssen neben einer akademischen Qualifikation, mindestens Promotion, auch Verwaltungserfahrung und Wirtschaftskontakte aufweisen können.

Die Nationalen Forschungsuniversitäten wurden im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens ermittelt. Ihre Rektoren haben in der Regel noch ein klassisches Wahlverfahren durchlaufen, im Einzelfall kann aber auch hier eine Ernennung von außerhalb erfolgen. Langfristig wird aber für alle Hochschulen dieser Gruppe der Führenden Universitäten eine Besetzung des Rektorenpostens mit einer Person diskutiert, die vom Universitätsrat, besetzt mit Vertretern aus der regionalen Politik, Wirtschaft und Verwaltung, gewählt wird. Das Ministerium will sich aus dieser Frage der Besetzung der Leitungsfunktionen herausziehen, dafür aber die Verantwortung den Hochschulen und den neuen Universitätsräten überlassen.

Die Führenden Universitäten haben sich unter Vorsitz des Rektors der Universität St. Petersburg zu einer Assoziation zusammengeschlossen und bilden im Kreis der russischen Universitäten die eigentliche "Zukunftsgruppe". Die an sie gerichteten staatlichen Erwartungen sind hoch. Sie müssen den Anschluss an das internationale Hochschul- und Wissenschaftsniveau halten oder wiederherstellen, sie müssen sich nach internationalen Maßstäben (Rankinglisten) messen lassen, sie sollen die russische Wirtschaft wettbewerbsfähig machen und sind die vorrangigen Träger der Internationalisierung der russischen Universitäten. Dafür werden sie für eine begrenzte Zeit von maximal acht Jahren mit substantiellen Sondermitteln ausgestattet, damit sie sich die Voraussetzungen schaffen, künftig Mittel aus der Wirtschaft oder aus dem neuen Russischen Wissenschaftsfond (RNF) einwerben zu können. Es wird erwartet, dass sich diese Hochschulen langfristig weitgehend selbst finanzieren müssen. Wenn erforderlich, sollen sie auch mit internationaler Unterstützung ihre Lehre und Forschung inhaltlich und methodisch modernisieren. Dazu erhalten sie einen größeren Spielraum bei der Aufnahme ausländischer Studierender und Dozenten sowie mehr Kompetenzen bei der Anerkennung ausländischer Studienleistungen und Abschlüsse.

Das fachliche Profil der Führenden Universitäten ist überwiegend von natur- und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen geprägt. Abgesehen von den beiden Nationalen Universitäten Moskau und St. Petersburg mit ihrem breiten klassischen Fächerspektrum sind Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften nur durch die Higher School of Economics (HSE) und die Medizin durch die „Nikolaj Pirogov-Universität“, beide in Moskau, vertreten. Hochschulen mit einem Profil in Landwirtschaft, Verkehrswesen, Jura oder Pädagogik sind in der Gruppe der Führenden Universitäten bisher nicht aufgeführt. Es wird deutlich, dass die Transformation und die Modernisierung der russischen Wirtschaft nur den exakten Wissenschaften zugetraut werden.



Parallel zum Ausbau der Führenden Universitäten geht der Strukturwandel bei der großen Masse der Hochschulen weiter. Auffallend ist dabei, dass bisher ganz offensichtlich die Ressortzugehörigkeit der Hochschulen die Spielräume des Bildungsministeriums einschränkt. Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft hat zwar die nationale Kompetenz für die gesetzlichen Regelungen zu Hochschulzugang und Hochschulabschlüssen, für den Bologna-Prozess sowie für die allgemeinen Qualifizierungsregelungen bei Promotion und Habilitation, es stellt auch die Studienplatzfinanzierung bei den staatlich subventionierten Budgetplätzen sicher, es hat aber keinen Zugriff auf Lehrinhalte und Strukturen auf anderen Ministerien unterstellte staatliche Hochschulen. Hierzu gehören Landwirtschaft, Medizin, Verkehrswesen, Kunst und Musik, aber auch die Hochschulen des Verteidigungs- oder des Innenministeriums. Auch die dem Außenministerium unterstellte renommierte Hochschule für Internationale Beziehungen Moskau (MGIMO) ist hier zu nennen. Alle zusammen machen etwa 40 Prozent der Staatlichen Hochschulen aus. Alle bisherigen Reformen liegen daher größtenteils bei den Hochschulen aus dem Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums. Langfristig werden sich aber auch die „Branchenministerien“ nicht der Reformbewegung versagen können. Die Beispiele bei den neuen Clustern im Altai und im Nordkaukasus belegen dieses. Zudem wird die Tendenz erkennbar, das Fach Medizin, das im Rahmen der Hochschulpolitik der 1920er Jahre aus den Universitäten ausgegliedert wurde, wieder in diese zurück zu verlagern.

### **3. Globalziele der Hochschulreform**

Grundsätzlich richtet sich der gegenwärtige Transformprozess der russischen Hochschulen an fünf Globalzielen aus:

#### **3.1. Reduktion der Hochschulkapazitäten**

Die Zahl der Hochschulen soll bis 2020 auf insgesamt 770 – staatliche und nicht-staatliche – sowie auf maximal ca. 480 Filialen reduziert werden, etwa 40 Prozent der Hochschuleinrichtungen sollen also aufhören zu existieren. Die Zahl der Studierenden soll auf 4,2 bis 4,5 Mio. begrenzt werden. Schulabsolventen und Abiturienten sollen wieder verstärkt auf die berufliche Bildung umgelenkt werden, wobei das deutsche Modell der Dualen Ausbildung hier als Vorbild gilt.

Die zentrale und entscheidende Maßnahme zur Reduzierung der Hochschulen geschieht mittels einer für alle Hochschulen verbindlichen und regelmäßig durchgeführten Effizienzprüfung. Diese erfolgt nach sechs Kriterien. Dazu gehören die durchschnittliche Punktzahl der Studienanfänger im EGE, die Vergütung der Lehrkräfte im Vergleich zum Durchschnittseinkommen der Region – Hochschullehrkräfte sollen laut Weisung des Präsidenten das Vierfache des regionalen Durchschnitts verdienen -, der Grad der Internationalisierung, ablesbar an der Zahl ausländischer Studierender (gezählt werden aber nur die, die ein Vollstudium in Russland absolvieren), die Anzahl der Publikationen der Hochschullehrer und Wissenschaftler in internationalen Zeitschriften, die Höhe der eingeworbenen

Drittmittel und das adäquate berufliche Unterkommen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Gerade dieses Kriterium fürchten viele Rektoren am meisten. Denn es hat Auswirkungen auf bestimmte Fächer und damit auf Einnahmequellen der Hochschulen.

Hochschulen, die nur vier der sechs Kriterien erfüllen, werden „ermutigt“, sich zu „bessern“. Eine Hochschule, die nur die Hälfte oder weniger erfüllt, verliert ihre Lizenz und damit ihre Berechtigung zur Ausbildung und zum Empfang staatlicher Mittel. Nichtstaatlichen Hochschulen wird die staatliche Anerkennung ihrer Abschlüsse versagt. Die Neuaufnahme von Studierenden wird nicht mehr erlaubt. Im Einzelfall kann statt der Schließung der Hochschule auch die Akkreditierung für ein bestimmtes und offensichtlich schwach evaluiertes Fach entzogen werden. Das betrifft z.B. die Fächer Jura oder Wirtschaftswissenschaften an Technischen Universitäten, wo geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer nicht zur Profibildung gehören und eigentlich erst in den 1990er Jahren aus kommerziellen Gründen eingeführt oder durch Verstärkung aus kleinen Nebenfächern entstanden sind. Die als nicht effizient eingestuften Hochschulen werden nur selten geschlossen, in der Regel müssen sie mit einer positiv bewerteten Universität am gleichen Standort fusionieren, dieses aber unter Verlust ihres Status als Juristische Person. Eine ursprünglich vorgesehene Abwicklung nichteffizienter Hochschulen hätte eine erhebliche akademische Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt und soziale Unruhen ausgelöst. Dieses hatten die ersten Vorstellungen und Diskussionen zur Reform bereits deutlich zu erkennen gegeben, so dass die Politik hier einen Rückzieher gemacht und die „sanftere“ Variante einer Fusion entwickelt hat. Der Personalabbau vollzieht sich, soweit erkennbar, langsam und behutsam, da man sich des sozialen Sprengpotentials bewusstgeworden ist. Die als nicht effizient bewertete Universität, die an eine positiv evaluierte angeschlossen wird, tritt an diese alle rechtlichen Verbindlichkeiten, Vertragsverpflichtungen, internationalen Beziehungen, ihre Liegenschaften und ihr Vermögen ab. Die Lehrkräfte werden größtenteils zwar übernommen, aber bei nach der Zusammenlegung dann doppelt vertretenen Fakultäten oder Dienststellen kommt es doch zu einem Personalabbau, wobei dann eher die Jüngeren entlassen werden. Grundsätzlich werden die Kapazitäten heruntergefahren, die Aufnahme neuer Studenten berücksichtigt nur die Größenordnungen, die die Kernuniversität in dem bestimmten Fach vor der Fusion bereits hatte. Bei durch die Fusion neu an die Kernuniversitäten gekommenen Fakultäten bleiben die Kapazitäten im Wesentlichen erhalten. Die Ausbildung der übernommenen Studierenden wird bis zu ihrem Abschluss zu Ende geführt, allerdings tauchen vermehrt rechtliche oder administrative Probleme bei der Erstellung der Diplome auf, da die Studierenden an einer Hochschule ihr Studium begonnen hatten, die jetzt keine Juristische Person mehr ist. Die Leitung der angeschlossenen Hochschule, die Prorektoren und Dekane, verlieren in der Regel ihre Positionen. Allerdings erhält der Rektor der aufgelösten Hochschule nicht selten einen lukrativen außerplanmäßigen Sonderstatus im neuen Gefüge, um mit seiner Unterstützung den inneren Frieden im zusammengelegten Lehrkörper zu wahren. Die übergeleitete Hochschule hat selbst keine Vertrags-, Finanz- und Personalhoheit mehr. Bis zu vier Hochschulen, in der Praxis aber nur zwei Hochschulen, werden mit einer Kernuniversität verschmolzen. Die aufgelöste Universität verliert ihren Na-

men und wird aus dem Register gestrichen, die neue Universität gibt sich fast immer eine neue Bezeichnung, so dass es für ausländische Beobachter sehr verwirrend sein kann, hinter dem neuen Namen alte Identitäten zu erkennen.

### **3.2. Auflösung der Monoprofilhochschulen**

Zur Verminderung der Zahl der Hochschulen über 2020 hinaus hat das Bildungsministerium 2015 die schrittweise Auflösung der sog. Monoprofilhochschulen oder Ein-Fach-Hochschulen, des wohl charakteristischsten sowjetischen Hochschultyps beschlossen. Hierunter fallen Hochschulen, die aus ehemaliger sowjetischer Sicht effizient auf die planwirtschaftlichen Anforderungen ausgerichtet waren und der Vorstellung der Heranbildung von Spezialisten am nächsten kamen. Diese Hochschulen genossen mehr als die aus dem Zarenreich ererbten klassischen Hochschulen eine höhere Wertschätzung, sie galten als die eigentlichen Träger des Wirtschafts- und Industriesystems, sie waren bei entsprechender fachlicher Ausrichtung aktiv in den militärtechnischen Komplex eingebunden, sie waren Teil des strategischen Aufbaus der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg, und die Rektoren strategisch wichtiger Monoprofilhochschulen wie etwa das MFTI oder MIFI hatten eine gewichtigere Stimme als ihre Kollegen aus den „Volluniversitäten“. Zu dieser Kategorie gehören die Hochschulen für Erdöl und Erdgas, für Energie, Bergbau, Atomenergie, Luft- und Raumfahrt, Technologie, aber auch für Design, Bauwesen und Architektur sowie für Landwirtschaft, Medizin und die Künstlerischen Fächer. Viele dieser Ein-Fach-Hochschulen sind aus Fakultäten entstanden, die aus klassischen Technischen Universitäten ausgegliedert worden waren.

Diese Monoprofilhochschulen sollen sich auf freiwilliger Grundlage mit jeweils einer anderen kongenialen Hochschule dieses Typs zusammenschließen. Das Ministerium erhofft sich dadurch eine breitere und vielseitigere Ausbildung der Studenten, ihre verbesserte Eingliederung in den Arbeitsmarkt und wiederum eine weitere Förderung der Wirtschaft, vor allem in den Regionen. Pro Föderationssubjekt sollen, soweit die Voraussetzungen dafür gegeben sind, ein bis zwei dieser als „oportnyj vuz“, als „Stützuniversität“ bezeichneten neuen Hochschultypen entstehen. Insgesamt etwa 200 Monoprofilhochschulen gibt es in der Russischen Föderation. Die ersten elf „Stützuniversitäten“, die aus dem freiwilligen Zusammenschluss von 22 Monoprofilhochschulen hervorgegangen sind, wurden seit Februar 2016 im Rahmen einer Ausschreibung ermittelt. Für die Neukonzeptionierung ihrer Aufgaben erhalten die Stützuniversitäten zusätzliche Mittel. Ausgenommen von der Möglichkeit eines Zusammenschlusses zu einer „Stützuniversität“ sind die Monoprofilhochschulen, die sich in Moskau oder St. Petersburg befinden, die den Status einer Nationalen Forschungsuniversität haben und deshalb bereits Sondermittel erhalten oder die im Rahmen der Effizienzüberprüfung als nicht mehr qualifiziert genug eingestuft wurden.

Somit lassen sich nunmehr drei unterschiedlich motivierte Formen von Hochschulfusionen feststellen: das politisch motivierte „Matching“-Prinzip bei den Föderalen Universitäten nach dem Gesichtspunkt der sinnvollen wechselseitigen Ergänzung und Unterstützung der regionalen Wirtschaft, das Auflösungsprinzip bei

fehlender Effizienz und Qualität einer Hochschule sowie die Fusion äquivalenter Monoprofilhochschulen, die neben der gezielten Regionalförderung vor allem den Berufseinstieg der Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt erleichtern soll.

Seit 2007/08, verstärkt aber seit 2012/13, bis zur Ablösung von Bildungs- und Wissenschaftsminister Livanov im Sommer 2016, haben 99 Hochschulen ihren Status als Juristische Person und damit auch ihren Namen verloren, indem sie durch Fusion in anderen Universitäten aufgegangen sind.

### **3.3 Einführung des Wettbewerbssystems**

Für den mit Russland weniger vertrauten westeuropäischen Betrachter ist es nicht selten befremdend zu sehen, wie wenig das Konzept Wettbewerb im ostslawisch – russischen Raum verankert ist, eine Erscheinung, die zwar durch die Planwirtschaft der Sowjetunion erheblich verstärkt worden ist, ihre Wurzeln aber in einer älteren, christlich-orthodoxen Weltanschauung hat. Umso höher ist daher die un-nachgiebige und kompromisslose Einführung des nunmehr generellen Wettbewerbsprinzips im Rahmen der angestrebten Hochschultransformation zu bewerten. Denn alle älteren Hochschullehrer, Wissenschaftler und Funktionsträger haben ihre Prägungen in einer Welt gesicherter, konkurrenzloser, nicht selten aber auch bescheidener Finanzierung erhalten.

Gerade in der Einführung des bis vor kurzem ungewohnten und ungeübten Wettbewerbs, der inzwischen alle Bereiche der Hochschulpolitik und alle Reformmaßnahmen in diesem Bereich bestimmt, dürfte wohl die eindeutigste und politisch klarste Abwendung vom früheren planwirtschaftlich und ideologisch bestimmten Zuwendungsverfahren der Sowjetunion zu sehen sein. Die Verlagerung der Verantwortung von der Zentrale weg und hin zum Rektor der einzelnen Hochschule oder zum Gouverneur des betreffenden Föderationssubjektes kennzeichnet die Systemwende im gegenwärtigen Transformationsprozess.

Aber, obgleich ungeübt, zeigt das neue Prinzip die gewünschten Resultate. Projekte, Grants oder sonstige Fördermittel werden ausgeschrieben, und Wissenschaftler, Hochschulen oder Akademieinstitute müssen sich darum bewerben, wenn sie sich beteiligen wollen. Eine Auftragszuweisung von zentraler Stelle gibt es nicht mehr. Das Bewerbungsprinzip gilt auch für Planstellen. Sogar die Inhaber von Stellen müssen sich, z.T. im jährlichen Rhythmus, auf ihre eigenen Arbeitsplätze wiederbewerben.

Inzwischen haben sich zahlreiche innerrussische Ranking-Listen entwickelt, die den Wettbewerb enorm anfachen. Der Hinweis auf einen der oberen Plätze auf der einen oder anderen Liste fehlt in keiner offiziellen Verlautbarung oder Marketing-Broschüre einer Universität. Als die angesehenste und für die die Einwerbung von Finanzen wichtigste Ranking-Liste gilt die mit der Angabe zu den Durchschnittsnoten der Studienanfänger im EGE. Welche Hochschule kann die besten Abiturienten oder Studienanfänger mit der höchstmöglichen Punktzahl im EGE an sich ziehen? Auswertungen des Ministeriums haben ergeben, dass sich inzwischen die besten fünf Prozent der Studienanfänger des Landes auf zehn Hochschulen in Moskau und fünf in St. Petersburg konzentrieren. Die Hochschule des russischen Au-

ßenministeriums belegte 2015 den absolut ersten Platz in diesem Ranking. 50 Prozent der „otlichniki“, der Einserschüler, finden sich an 24 der 45 Führenden Universitäten. Gute Hochschulen ziehen gute Studenten an, das EGE hat in dieser Hinsicht die Erwartungen erfüllt und darüber hinaus eine neue Dimension studentischer Mobilität hervorgerufen. Denn nicht mehr die Universität sucht sich ihren Studenten, wie es früher üblich war, in Form der Aufnahmeprüfung aus, sondern umgekehrt: auf der Basis seiner im EGE erzielten Punktzahl entscheidet sich der Student für eine bestimmte Universität seiner Wahl. Die Hochschulen müssen diese Entscheidungen akzeptieren. Lediglich die Universität Moskau hat sich ein zusätzliches Auswahlrecht geben lassen, da die Nachfrage das Studienplatzangebot bei weitem übersteigt und sie bevorzugt Bewerber aufnimmt, die in den Facholympiaden gut abgeschnitten haben.

Stark nachgefragt sind Fächer und Hochschulen, deren Absolventen nach dem Studium ein gut bezahlter Arbeitsplatz winkt. Spitzenreiter ist die Luftfahrttechnische Universität Samara. Ihre Absolventen haben laut Statistik eine Hundertprozentchance auf dem Arbeitsmarkt, vor allem in der Raketenproduktion und im Flugzeugbau. Aber auch Medizin und vor allem IT rangieren mit an der Spitze. Jura und Wirtschaft, einst die am stärksten nachgefragten Fächer in der 1990er Jahren, treffen auf einen weitgehend gesättigten Arbeitsmarkt. Absolventen dieser Fächer finden nur noch zu 20 bis 30 Prozent einen adäquaten Arbeitsplatz. Daher sollen diese Fächer auch weniger mit Budgetplätzen gefördert werden. Nur Absolventen, die an den einschlägigen Hochschulen wie der HSE, der Wirtschaftsuniversität St-Petersburg oder an den renommierten Rechtsakademien in Moskau oder Ekaterinburg studiert haben und deren Wissen belastbar ist, finden noch gute berufliche Unterkommen. Auch zu dieser Thematik existiert eine Rankingliste.

Mit den beiden genannten Listen korrespondiert eine dritte, die Auskunft gibt über die Zahl der staatlich finanzierten Budgetplätze an den Hochschulen. Je mehr Budgetplätze, desto besser die Qualität der Hochschule bzw. der entsprechenden Fächer. Hier sind es vor allem die Technischen Universitäten mit ihren aus wirtschaftspolitischen Gründen geförderten und als prioritär eingestuften modernen Ingenieurdisziplinen, die die Rankingliste anführen.

Auf den bekannten Listen zum internationalen Hochschulranking (QS, THE, Shanghai-Liste) nehmen die russischen Hochschulen dagegen nur hintere und kaum noch aussagefähige Plätze ein. Lediglich zwei oder drei belegen einen besseren mittleren Platz. Im Sinne des von Präsident Putin eingeforderten internationalen Wettbewerbs, an dem sich die russischen Hochschulen beteiligen sollen, wurden wiederum auf Basis eines entsprechenden Wettbewerbs 15 Hochschulen ermittelt, die sich selbst als „globalnye unversitety“ oder als „Global Universities“ bezeichnen und in den Medien gerne die Gruppe der „5/Top 100/20“ genannt werden. Bis 2020 sollen aus dieser Gruppe mindestens fünf Hochschulen einen Platz unter den ersten 100 auf den internationalen Rankinglisten einnehmen. 2015 kamen nach einem weiteren Wettbewerb nochmals sechs neue Hochschulen hinzu, die in die Assoziation der „Global Universities“ aufgenommen wurden.

Diese 21 Hochschulen – die Nationalen Universitäten Moskau und St. Petersburg gehören aus anderen Gründen nicht dazu – sind bis auf eine, die Universität Tyumen in Westsibirien, alle aus der Gruppe der Führenden Universitäten und bilden



die absolute Speerspitze der russischen Hochschulen. Diese Hochschulen müssen(!) englischsprachige Studiengänge anbieten und erhalten, neben einer Reihe akademischer Freiheiten, noch einmal Sondermittel zur Erreichung ihres Hauptziels. Sie haben eine junge und international aufgeschlossene Mannschaft mit hoher Motivation. Sehr viele Lehrkräfte haben zumindest zeitweise im Ausland studiert. Zu ihren Pflichten gehört die Ausarbeitung eines neuen, landesweit einzuführenden e-learning Konzeptes, das vor allem auch für die Verbesserung des Standards der Studierenden schwächerer regionaler Hochschulen gedacht ist, aber in bestimmten Umfang auch Studierende in den Regionen halten soll, um das sich inzwischen abzeichnende Gefälle zwischen den Zentren Moskau und Petersburg einerseits und den Regionen andererseits nicht zu groß werden zu lassen.

### **3.4. Erhöhung und Sicherung akademischer Qualität**

Die Wiedergewinnung von Qualität in Lehre, Forschung und Administration sowie einer effizienten Ausstrahlung in die Region, aber auch die Erneuerung ihrer fachlichen Reputation, hat für die Hochschulen den Abschied von eingefahrenen Strukturen, Arbeitsweisen und lieb gewordenen Gepflogenheiten aus der Zeit der planwirtschaftlichen Vorgaben bedeutet. Welche Lehrinhalte und fachlichen Qualifikationen werden künftig von ihnen erwartet? Welche Zusatzqualifikationen sollte ein Hochschulabsolvent aufweisen, wenn er bei Gasprom seine Arbeit im Auslandsgeschäft aufnimmt? Die Ausbildung an den sowjetischen Hochschulen war berühmt für den hohen Grad der Mathematisierung und der Vermittlung theoretischer Grundlagen. Aber konnte ein junger Absolvent einer Hochschule für Erdöl und Erdgas auf den westsibirischen Gasfeldern mit westlicher Technik umgehen, ein Absolvent einer Medizinischen Hochschule zuverlässig die teuer bei Siemens eingekaufte moderne Medizintechnik handhaben und die gewonnenen Daten auswerten? War ein Absolvent einer Technischen Universität auch in der Lage, ein Team zu führen und Arbeitsabläufe oder Kostenpläne aufzustellen? Beherrschte er eine Fremdsprache, um im Ausland bei der Partnerorganisation an einer Weiterbildung teilnehmen zu können? Und welcher junge Jurist war in der Lage, in seiner Arbeit in einer Moskauer international agierenden Anwaltskanzlei souverän mit der Systematik und Logik internationaler Wirtschaftsverträge umzugehen? Der Bedarf an Steigerung und Erneuerung der Qualität vor allem im Lehrbereich erscheint gigantisch.

Dank der hohen Einnahmen aus dem Erlös der Rohstoffverkäufe konnte die Modernisierung und Erneuerung der technischen Ausstattung der Universitäten grundlegend und flächendeckend erfolgen. Nun kommt es aber darauf an, diese dadurch erworbenen neuen technischen Anwendungsmöglichkeiten auch zu realisieren und in der Praxis einzusetzen. Das verlangt nach einer erhöhten studienbegleitenden Praxis. An den Technischen Universitäten wurden daher die Praxisanteile im Studium vergrößert. Zunehmend werden Studenten im Rahmen ihrer



Betriebspraktika in Produktionsabläufe eingebunden und erhalten Aufgaben zur selbständigen Erledigung. Umgekehrt erhalten Leitende Manager und Fachkräfte aus Unternehmen Einladungen zu Lehrveranstaltungen oder Lehrverpflichtungen in Technischen Universitäten oder Fakultäten.

Gegenüber einer früher üblichen minutiösen Feinstrukturierung des Curriculums durch zentrale Vorgaben des Bildungsministeriums beschränkt sich dieses jetzt nur noch auf eine Fünfzigprozent-Vorgabe an Richtlinien, die anderen 50 Prozent des Curriculums können die Region und die Hochschulen selbst festlegen. Reale regionale Anforderungen an das Ausbildungsprofil können nun dort eigenverantwortlich definiert werden.

In der Sowjetunion war die Zahl der Universitäten zur Durchführung von Promotion und Habilitation - wenn diese nicht an der Akademie der Wissenschaften stattfanden - streng begrenzt, die betreffenden Universitäten unterlagen einer regelmäßigen Kontrolle. Die Zahl der für eine Habilitation zugelassenen Hochschulen war sogar sehr klein, im Wesentlichen befanden sich diese Universitäten in den Zentren Moskau, Leningrad, Tomsk/Novosibirsk und Charkov, heute Ukraine. Eine liberalere Hochschul- und Wissenschaftspolitik der 1990er Jahre hatte eine Inflation von Promotionsräten, den für eine Promotion zuständigen Gremien an den Hochschulen hervorgerufen, mit der Folge, dass der Wert der wissenschaftlichen Qualifizierung allmählich verblasste und die Promotion zum beliebtesten akademischen Verkaufsprodukt verkam, den Hochschulen aber neue Einnahmequellen erschloss. Auch gegenwärtig dauern die Plagiats- und Korruptionsvorwürfe an. Nach einem Eklat 2013 und einer Neubesetzung der Leitung der Obersten Attestatskommission, der Institution, die die letzte und rechtsverbindliche Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung einer Promotion oder Habilitation fällt - diese Institution steht außerhalb der Universität! -, wurde zurückgerudert. Über 30 Prozent der Promotionsräte an den Hochschulen wurden aufgelöst oder zusammengelegt, weitere Reduktionen sind vorgesehen. Alle wissenschaftlichen Qualifizierungsarbeiten müssen nun einem obligatorischen Plagiatstest unterzogen und im Netz zur öffentlichen Stellungnahme eingestellt werden. In Fächern, die für das Profil einer Hochschule nicht typisch sind, wie etwa Jura oder Wirtschaft an einer Technischen Universität, sollen keine Promotionen mehr durchgeführt werden. Die für die Reputation der Universitäten tödliche Gefahr einer Entwertung ihrer wissenschaftlichen Qualifizierung und damit eines Verlustes internationaler Anerkennung waren gerade noch rechtzeitig gebannt worden. Zurzeit wird diskutiert, ob die Führenden Universitäten nicht das Recht erhalten sollten, Promotionen nach dem westlichen PhD - Prinzip durchzuführen, wo die individuelle Verantwortung des akademischen Betreuers stärker ausgeprägt ist. Das in dieser Beziehung immer noch geltende sowjetische und jetzige russische

Standardprinzip betont durch sein Verfahren eher die kollektive Verantwortung der verschiedenen Hochschulgremien, nicht die des Promovenden oder seines Betreuers, der im Gesamtgefüge eine geringere Rolle spielt als etwa in Deutschland. Zum Betreuer einer Dissertation kann man theoretisch auch gegen seinen Willen bestellt werden.

Publikationen in der universitätseigenen Zeitschrift, dem „Vestnik“ zu veröffentlichen, gilt zunehmend als verpönt und wertlos, wenn diese nicht in die Liste der von der Obersten Attestatskommission zugelassenen Publikationsorgane aufgenommen ist. Wichtig geworden ist die Aufnahme der Publikation in den Kanon der international rezipierten Fachzeitschriften, denn nur die in diesen Foren erschienenen Publikationen werden bei der Effizienzkontrolle der Hochschulen gewertet. Damit haben die geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen im Vergleich zu den Naturwissenschaften schlechtere Wettbewerbschancen, da sie erhebliche Probleme haben, ihre Beiträge international zu publizieren, weil sie sich in ihren Publikationen in der Regel der russischen und nur wenig der englischen Sprache bedienen.

Im Rahmen der Qualifizierungsmaßnahmen ist die allgemeine Zertifizierung aller Studiengänge verbindlich durchgesetzt worden. Beliebte ist die Zertifizierung durch ausländische Agenturen. Allerdings konnten die Hochschulen mit Hilfe der Wirtschaft und insbesondere hier der wichtigen produzierenden Großunternehmen erreichen, dass in den Kernfächern der einzelnen Großdisziplinen das alte fünf-/sechsjährige Diplom erhalten blieb und nicht durch das neue BA/MA – System (4+2) abgelöst werden musste. Das Medizinstudium ist nach internationaler Gepflogenheit bei seiner klassischen Ausbildungsstruktur und Zeitdauer (6 Jahre) geblieben.

Einer besonders intensiven Qualitätskontrolle wurden die nichtstaatlichen Hochschulen unterzogen, mit dem Ergebnis, dass bis jetzt etwa die Hälfte von ihnen ihre Lizenzen verloren haben.

Die Serviceleistungen der Universitäten, allerdings mit erheblichen Standortunterschieden, haben sich spürbar verbessert. Moderne Studentenwohnheime, Sportstätten, Gesundheitsvorsorge, Technologieparks oder die wichtig gewordene Betreuung ausländischer Studierender und die Selbstdarstellung der Hochschulen auf Messen, im Netz und in der Öffentlichkeit belegen, dass der Wandel und die wirtschaftliche Bedeutung von Qualität verstanden werden.

### 3.5. Finanzsteuerung durch Senkung der Budgetplätze

Die Grundfinanzierung der russischen Hochschule erfolgt für alle staatlichen Einrichtungen zentral durch das Bildungsministerium und orientiert sich an der zentral vergebenen Zahl von Budgetplätzen, durchschnittlich 130.000 Rubel pro Platz. Darüber hinaus kann die Universität in eigener Entscheidung zusätzliche Studienplätze gegen Gebühren anbieten. Die dritte Einnahmequelle sind Drittmittel aus Auftragsforschung, Dienstleistungen, Weiterbildung, aber auch Verpachtung und Vermietung von Liegenschaften, was allerdings zunehmend eingeschränkt wird, da sich viele Universitäten in Basare verwandelt hatten und die Kommerzialisierung der Liegenschaften teilweise groteske Züge angenommen hatte.

Das Bildungsministerium hat die absolute Zahl der Budgetplätze in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt, dabei aber eine wissenschaftspolitische und bedarfsorientierte Umverteilung vorgenommen. Die prioritären Fächer, allen voran IT, moderne Ingenieurfächer, Luftfahrt, aber auch Pädagogik wurden mit mehr Budgetplätzen bedacht, während die Fächer Jura, Wirtschaft, die Philologien oder Kulturwissenschaften Plätze einbüßten.

Die Finanzpolitik geht langfristig dahin, dass sich der Staat zunehmend aus der Breitenfinanzierung herauszieht, allenfalls ein Minimum garantiert, damit die Hochschulen ihre Basisaufgaben erfüllen können. Die finanzielle Eigenverantwortung wird eingefordert. Die Führenden Universitäten stellen sich finanziell grundsätzlich besser auf, ihre Chancen zur Mitteleinwerbung sind erheblich aussichtsreicher, aber sie haben keine Garantie für ihren Status. Die Kehrseite des Zwangs zur Selbstfinanzierung hat bereits zur Einführung von Mindestpunktzahlen im EGE geführt, damit schwächere Hochschulen ihre Existenz nicht mit Studiengebühren von nachweislich leistungsschwachen und studierunfähigen, aber zahlungskräftigen Studierenden bestreiten und so die Intention der Hochschulreform unterlaufen wird.

Die durch die Hochschulfusionen verringerte Zahl von Universitäten und damit auch eine verringerte Zahl von Studierenden hat, in Verbindung mit den schwächer gewordenen Staatseinnahmen infolge des gesunkenen Ölpreises, das Finanzministerium veranlasst, dem Bildungsministerium ab 2017 deutlich weniger Mittel zuzuweisen. Es sollen etwa 40 Prozent weniger Budgetplätze vergeben werden, Studenten des ersten Studienjahres sollen keine Staatsstipendien mehr erhalten. Bis zum Jahr 2019 sollen 10.300 Stellen in den Bereichen Hochschule und Wissenschaft, also auch in den Instituten der Akademie der Wissenschaften sowie in dem renommierten Kurchatov – Institut eingespart werden. Die Staatsprogramme „Razvitie obrazovanija“ und „Razvitie nauki i tekhnologii“ („Bildungsförderung“ bzw. „Förderung von Wissenschaft und Technologie“ werden schrittweise zurückgefahren. Der Anteil von Bildung und Wissenschaft am Gesamtbudget soll in den

Jahren 2017 bis 2019 von derzeit 2,75 Prozent auf 2,45 Prozent vermindert werden. Damit wächst der Druck auf Hochschulen und Universitäten, sich verstärkt um Drittmittel aus Wirtschaft und Industrie zu bemühen. Lediglich die beiden Nationalen Universitäten Moskau und St. Petersburg, die Higher School of Economics, die Föderale Universität Simferopol und Sevastopol, beide auf der Krim, können mit einer finanziellen Kontinuität rechnen.

### **3.6. Internationalisierung der Universitäten**

In bemerkenswertem Gegensatz zu seinen gegenwärtigen Spannungen und Differenzen auf der internationalen politischen Bühne zeigt Russland hohes Interesse daran, seine internationalen akademischen Kontakte im Hochschul- und Wissenschaftsbereich nicht nur zu bewahren, sondern auszubauen und zu intensivieren. Die Gefahr einer Isolierung und die daraus resultierenden Folgen werden gesehen, eine Rückkehr zur Isolationspolitik der späten Stalinära und danach soll es nicht noch einmal geben. Die Orientierung am internationalen Wissenschaftsstandard bleibt fester Bestandteil der laufenden Reformpolitik. Die Einbeziehung der Internationalisierung als ein Kriterium in der Effizienzprüfung der Hochschulen, die Formierung der Führenden Universitäten mit ihrer besonderen Verpflichtung, sich international aufzustellen, die „Global Universities“ mit der klaren Vorgabe, im internationalen Hochschulranking Spitzenpositionen zu erobern, die Einwerbung ausländischer Studierender und Dozenten, gemeinsame Studiengänge und Promotionen sowie eine Fülle gemeinsamer Forschungsprojekte mit ausländischen Partnern, darunter in hohem Maße mit Deutschland, dokumentieren eine Öffnungsbereitschaft, die auch eine politische Aussage beinhaltet. Die Gründung eines deutsch-russischen Hochschulprojekts für gemeinsame Studiengänge und später auch für gemeinsame Promotionen an der Technischen Nationalen Forschungsuniversität Kasan in Kooperation mit dem DAAD ist Ausdruck dieser internationalen Integrationsbereitschaft im akademischen Bereich.

Um die Internationalisierung der russischen Hochschulen zu fördern, sind eine Reihe konkreter Maßnahmen entwickelt worden. Mit dem Programm „Globalnoe Obrazovanie“ oder „Global Education“ können russische Studierende mit einem Stipendium des russischen Staates ein Vollstudium an einer ausländischen Hochschule durchführen, sofern sich diese Universität auf einem der ersten 200 Plätze im internationalen Hochschulranking befindet. Als Gegenleistung müssen diese Geförderten nach Studienabschluss drei Jahre in einem russischen Unternehmen in der Region arbeiten.

Mit den 2012 eingeführten Megagrants mit einer Dotierung von bis zu fast fünf Mio. Dollar pro Projekt sollen ausländische Spitzenwissenschaftler für einen vier-

monatigen Aufenthalt zu Lehr- und Forschungsaufenthalten an russischen Hochschulen gewonnen werden. Sie sollen Projekte generieren und Nachwuchswissenschaftler ausbilden. Auf diese Weise erhofft man sich auch eine zumindest partielle Rückgewinnung der emigrierten russischen Wissenschaftler.

2015 wurden auf der Grundlage einer Ausschreibung 52 Hochschulen ermittelt, die mit einem Gesamtbudget von 600 Mio. Rubel ab 2016 verstärkt Budgetplätze für ausländische Studierende und Promovenden anbieten können.

In mehreren Staaten der GUS, u.a. in Baku/Aserbeidschan, Erivan/Armenien, Taschkent/Usbekistan, Astana/Kasachstan und Bishkek/Kirgisistan haben sich russische Hochschulen oder Filialen russischer Hochschulen konstituiert. Die Universität Moskau hat die Eröffnung einer Filiale in Shanghai in China beschlossen, seit längerem hat sie eine Filiale in Sevastopol auf der Krim.

#### **4. Reformen im Bereich der Akademie der Wissenschaften**

##### **4.1. Grundlegende Kritik an der Akademie als Institution**

Seit ihrer Gründung im Jahr 1724 hatte die Akademie der Wissenschaften (AdW) das Privileg einer weit gehenden Autonomie und ein verbrieftes Recht auf Selbstverwaltung. Dieses Recht konnte sie sogar in der sowjetischen Ära bewahren. Lenin persönlich hatte dem damaligen Wissenschaftlichen Sekretär der Akademie, Professor Oldenburg, diese Zusicherung gemacht, an die sich in der Folgezeit die politisch Verantwortlichen im Wesentlichen auch gehalten haben. Die Akademie war ein Staat im Staate. Die Abwanderung von Nachwuchskräften ab den 1990er Jahren, die Unterfinanzierung und die extreme Überalterung der Wissenschaftler in den Leitungspositionen haben der Akademie stark zugesetzt. Eine geradezu starrsinnig wirkende Ablehnung jeglicher Reformen hat aber einen Wandel verhindert und leider dazu geführt, dass die Akademie in der russischen Öffentlichkeit an Wertschätzung verloren hat.

Die Vorwürfe, wie sie vor allem der Minister für Bildung und Wissenschaft Dmitrij Livanov im Jahr 2013 formuliert hatte, waren daher auch entsprechend harsch. Weitreichende Veränderungen, so der Minister, seien erforderlich, um die Akademie von ihren archaischen und ineffizienten Strukturen zu befreien. Sie stelle eine feudalistische Korporation dar, die Mittel erhalte und unter sich verteile, um sich selbst zu erhalten. Sie erzeuge Kosten, sei aber nicht an Resultaten interessiert. Eine Reform der Akademie müsse in einer effektiveren Verwaltung der Wissenschaft bestehen, wissenschaftliche Resultate müssten international bekannt gemacht und von der internationalen „scientific community“ akzeptiert werden, verlorengegangene Spitzenpositionen wieder eingenommen werden.

Im Mai 2013, im zeitlichen Zusammenhang mit der Wahl des neuen und jetzt amtierenden Präsidenten der AdW, Vladimir Fortov, hatte der Präsident der Russischen Föderation Vladimir Putin daher die Quasi-Auflösung der AdW in ihrer traditionellen Verfasstheit verfügt und seine Entscheidung mit der Ineffizienz und der unzureichenden wissenschaftlichen Produktivität der AdW begründet. Es gab aber auch den Vorwurf, dass die AdW das ihr in der 1990er Jahren eingeräumte Recht, ihre Liegenschaften auch kommerziell nutzen zu dürfen, um die Einnahmen daraus für die Finanzierung der Forschung einzusetzen, nicht entsprechend zweckgebunden verwendet, sondern vielmehr für andere kommerzielle Zwecke eingesetzt habe.

#### **4.2. Gründung der FANO**

Vor dem Hintergrund der massiven Kritik an der Akademie war die erste und wichtigste Neuerung die Gründung der FANO, der Föderalen Agentur für die Wissenschaftsorganisationen, die seit Mai 2013 die Oberaufsicht über alle Liegenschaften und Einkünfte der AdW führt.

Die Akademie hat insgesamt ihre ökonomische, rechtliche, personelle und finanzielle Autonomie über ihre Institute, Forschungsschiffe, Botanischen Gärten, über ihre Sanatorien, ihre geologischen und biologischen Beobachtungsstationen, Observatorien und andere Einrichtungen verloren. Die Einheit von Präsident, Präsidium und Institut besteht in der historisch bekannten Form nicht mehr. Der Verlust der Liegenschaften betrifft vor allem den klassischen zentralen, also westrussischen Bereich der Akademie, in welchem sie bereits vor der Revolution von 1917 Liegenschaften besaß und diese behalten durfte, während die nach 1950 gegründeten Akademieabteilungen im Ural, in Sibirien und im Fernen Osten diesen Autonomiestatus ihrer Liegenschaften nicht mehr besaßen.

Aus Gründen der Rationalisierung, aber auch aus wissenschaftlichen Gründen wurden die im 20. Jhd. vorgenommenen Ausgliederungen der Fächer Medizin und Landwirtschaft zurückgenommen, indem die bis 2013 eigenständigen Akademien für die Medizinischen Wissenschaften mit 50 Einrichtungen und Kliniken bzw. für die Agrarwissenschaften mit ihren 199 Instituten und Einrichtungen mit der früheren und historisch älteren Akademie der (Natur)Wissenschaften, 435 Instituten, wieder in einer Struktur, jetzt unter der Präsidentschaft von Vladimir Fortov, zusammengefasst wurden.

Der Präsident der Russischen Föderation Vladimir Putin hat der AdW das Recht eingeräumt, unabhängig und in eigener Verantwortung ein Konzept ihrer künftigen Struktur und Aufgabenstellung zu entwickeln. Das Wissenschaftsgesetz vom



27. September 2013, das in der Duma heftig diskutiert wurde, sogar in erster Lesung zur Überarbeitung zurückgewiesen wurde und erst mit Änderungen gebilligt wurde, erlaubt der AdW ein Mitspracherecht bei der Staatlichen Wissenschaftspolitik, auch außerhalb der AdW. Es sieht aber auch vor, dass die Akademie sich strukturell erneuern muss. Hierzu gewährte Präsident Putin der Akademie ein Jahr Zeit und setzte das Inkrafttreten des Wissenschaftsgesetzes für die Dauer eines Jahres aus. Gleichwohl hatte die FANO bereits mit der Entlassung und Neubesetzung von Institutsvorständen begonnen, wusste sie doch Minister Livanov auf ihrer Seite. Trotz mehrfacher Aufforderung und zweimaliger Verlängerung des Moratoriums hat aber die AdW bisher kein schlüssiges Konzept zu ihrer Umgestaltung vorgelegt. Es ist auch nicht ersichtlich, ob sie es wirklich beabsichtigt. Erstmals in der Geschichte der AdW hat daher - im Frühjahr 2017 - ein Staatsoberhaupt - Präsident Putin - in die verfasste Autonomie der AdW eingegriffen und die Wiederwahl des greisen und reformunwilligen Akademiepräsidenten Fortov durch Aussetzen der Wahl verhindert, um zu verdeutlichen, wie ernst es um diese Institution bestellt ist.

#### **4.3. Externe Reformvorschläge zur Struktur der Akademie**

Gegenwärtig wird die Frage diskutiert, ob die Institute der AdW, so wie es bei den Hochschulen der Fall ist, einer Evaluation und Bewertung hinsichtlich ihrer Fortführung unterzogen werden sollen. Institute mit einander ähnlichen oder sich ergänzenden Profilen sollen zusammengelegt werden, oder, sofern sinnvoll umsetzbar, mit Hochschulen fusionieren. Dieses ist in zwei Fällen, in Tomsk und in Nizhnij Novgorod, auch schon geschehen.

Langfristig soll sich die Struktur der russischen Wissenschaftslandschaft am deutschen Modell orientieren. Zum einen sollen die Universitäten der Russischen Föderation, und hier insbesondere die Führenden Universitäten, einen wesentlich stärkeren Anteil an der Forschung erhalten, als es in der russischen Hochschultradition bisher der Fall war. Zum anderen wird erwogen, die Forschungsprofile der russischen Akademie-Institute analog zu den Forschungsprofilen der deutschen Wissenschaftsorganisationen auszurichten, wie sie durch die Helmholtz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Leibniz-Gemeinschaft repräsentiert werden.

Vorgeschlagen wurden vier Typen von Zentren, auf die sich die Institute der AdW langfristig hin orientieren sollen:

1. Föderale Forschungszentren mit einer strategischen Ausrichtung (FIZ)
2. Föderale Wissenschaftszentren mit innovativen, industrierelevanten Technologieplattformen (FNZ)

3. Nationale Forschungsinstitute mit Grundlagenforschung (NII)
4. Regionale Wissenschaftszentren mit einem angewandten, regional ausgerichteten Profil (RNZ)

Die als Nationale Forschungsinstitute klassifizierten Einrichtungen sollen sich z.B. am Modell der Helmholtz-Institute orientieren. Bisher einziges Institut dieser Art ist das Kurchatov-Institut in Moskau unter Leitung von Michail Kovalchuk mit seinem klassischen Forschungsfeld Nuklearphysik und den erst seit wenigen Jahren neu hinzugekommenen Bereichen Nanowissenschaft, Life Sciences und Kognitive Wissenschaften.

Der Staat stellt zurzeit noch eine Basisfinanzierung für Infrastrukturkosten bereit. Grundsätzlich aber sollen die Institute künftig weitgehend selbst die Sorge um die Finanzierung ihrer Forschungsprojekte übernehmen. Dafür wurde der Russische Wissenschaftsfond (RNF) gebildet, der in absehbarer Zeit die beiden älteren Fonds für Grundlagenforschung (RFFI) und für Geisteswissenschaften (RGNF) verdrängen oder in sich aufnehmen wird. Die unsicheren Perspektiven der AdW haben bewirkt, dass jüngere Wissenschaftler und Promovenden wieder zögerlich geworden sind, in der Akademie zu bleiben und es vorgezogen haben, sich beruflich umzuorientieren.

Empört hat die Wissenschaftler der AdW neben der Enteignung und weitgehenden Entrechtung in ihrer Selbstverwaltung vor allem die drohende Aussicht des Verlustes ihrer Forschungsfreiheit. Die AdW hatte das ererbte Recht, die Gegenstände ihrer Forschung selbst zu bestimmen. Es bestand eine intrinsische, sich aus dem Forschungsimpetus des Institutsleiters heraus entwickelnde Forschungslinie, die sich am Prinzip der Grundlagenforschung orientierte. Nach Schaffung der FANO zur Umgestaltung der Akademie sind aber die extrinsischen Vorgaben, die Versuche, die Institute der AdW für bestimmte Aufgaben und Ziele des Staates zu nutzen, sprunghaft gestiegen. Die Akademie als Durchführungsbehörde des Staates zur Lösung kurzfristiger Probleme oder „prioritärer Aufgaben“ spiegelt ein Wissenschaftsverständnis wider, dem sich die Akademie massiv entgegenstellt. Dabei gehören zu den zentral vorgegebenen oder eingeforderten Forschungslinien durchaus Bereiche, denen – aus Sicht staatlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen – eine gewisse sinnvolle wissenschaftliche Vertiefung nicht abgesprochen werden kann. Der frühere Bildungs- und Wissenschaftsminister und jetzige Berater des Präsidenten für Wissenschaft, Andrej Fursenko, hatte sogar die Forderung erhoben, dass Forschung und Wissenschaft dem Gemeinwohl des Staates zu dienen hätten und Ende 2014 folgende Forschungslinien, die schwerpunktmäßig zu verfolgen seien, vorgeschlagen:

1. Informatik und IT im Rahmen der Programmabsicherung von Rechnerkomplexen („Snowden-Effekt“)
2. Industrielle Biotechnologie und Qualitätssicherung im Ernährungswesen
3. Molekulargenetik und Molekularbiologie
4. Pflanzenproduktion und genetische Pflanzenressourcen

Mit dem Hinweis Fursenkos auf die notwendige Nützlichkeit der Wissenschaft für Staat und Gesellschaft schließt sich ein Kreis, und es wird der Denkraum und Erwartungshorizont sichtbar, in welchen die Wissenschaft in Russland eingespannt ist, aber es wohl auch immer war. Denn bereits Zar Peter I., der politische und staatliche Erneuerer Russlands und Initiator der Russischen Akademie der Wissenschaften, hatte bei der Gründung der Akademie 1724 die Forderung erhoben, dass die Wissenschaft dem Staat und seiner Ökonomie zu nützen habe. (Zur Erinnerung: Russland ist der einzige Staat, in dem eine Wissenschaftsakademie vor einer Universität gegründet wurde! Die erste russische Universität entstand erst 1756 in Moskau).

#### **4.4. Eine andere Wissenschaftskultur**

In diesem Leitsatz der staatlichen Nützlichkeit, der sich wie ein roter Faden durch die Wissenschafts- und Universitätsgeschichte Russlands zieht und der wesentlich dazu beitragen kann, das russische Wissenschafts- und Hochschulsystem aus sich selbst heraus zu verstehen, kommt der grundlegende kulturelle Unterschied in der Einstellung zur Wissenschaft und zu ihrer Bewertung zwischen West und Ost zum Ausdruck. Russland vertritt traditionell eher den Aspekt einer notwendigen Anwendbarkeit und Zweckdienlichkeit von Wissenschaft. Die Präsenz des Staates und die Vorgabe pragmatischer und konkreter Ziele sind fester Bestandteil der Wissenschaftskultur, während der Westen/Deutschland, vor dem Hintergrund einer erheblich älteren und längeren Universitäts- und Wissenschaftstradition, stärker den Selbstwert und die Unabhängigkeit, die Freiheit der Forschung akzentuiert und diese sogar im Grundgesetz festgeschrieben hat.

Vor diesem Hintergrund vollzieht sich gegenwärtig in Russland die Diskussion um die Erneuerung der Akademie, sofern überhaupt noch eine wirkliche Erneuerung dieser Institution auf der politischen Agenda steht. Die Akademie hat bisher kein Konzept zu ihrer Umgestaltung vorgelegt, sie verharrt in ihren eingefahrenen Strukturen. Hinzu kommt, dass mit der Schaffung der Nationalen Forschungsuniversitäten und mit dem mit Verve vorangetriebenem Umbau der Hochschullandschaft ein deutliches Signal gegen die Akademie gesetzt worden ist, auch und vor allem im Finanzsektor.

## 5. Die Reform als Entsowjetisierung von Bildung und Wissenschaft

Russlands Verantwortliche sind – fast – zu spät aufgewacht und haben vielleicht noch gerade rechtzeitig die heraufziehende Gefahr erkannt, die sich langfristig aus einer nicht erneuerten, sondern aus einer immer noch auf die Bedürfnisse der untergegangenen sowjetischen Planwirtschaft ausgerichteten Hochschulausbildung ergeben würde. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Russlands im Produktionssektor und auf den internationalen Märkten ist fast nicht gegeben, sieht man von der Raumfahrt ab, in der es aber auch kaum Innovationen gibt. Bis zur Ölkrise bildeten die Einnahmen aus dem Rohstoffverkauf etwa 75 Prozent der Staatseinnahmen, nur 20 Prozent kamen aus der Industrieproduktion. Die Einnahmen aus Dienstleistungen, Finanzwesen, Tourismus oder Landwirtschaft sind nicht profitabel genug. Die einst stattlichen Devisenvorräte und Staatsreserven sind infolge der Sanktionen, und hier vor allem wegen der verhinderten Möglichkeit, große Kreditaufnahmen international refinanzieren zu können, fast aufgebraucht. Aber Russlands Wirtschaft und Produktionsbereich sind im Wandel begriffen. Es fehlt jedoch an Arbeitskräften, die für die sich neu und anspruchsvoll entwickelnde Arbeitswelt geeignet sind. Die Ausbildung an den Hochschulen folgt immer noch einer inneren Orientierung, in der Ausbildung und Arbeitswelt „planmäßig“ aufeinander bezogen waren. Die Arbeitswelt braucht aber zunehmend selbständig agierende und reaktionsfähige Arbeitnehmer, die anpassungsfähig und flexibel sind, die Fremdsprachen beherrschen und über „soft skills“, über Kompetenzen verfügen sollten, um den neuen Anforderungen einer modernen Arbeitswelt gerecht zu werden.

Es geht also letzten Endes bei der Reform des russischen Hochschulsystems um die Entsowjetisierung der Ausbildungskonzeption, um eine Jahrhundertrevision eines Bereiches, der, rückblickend, eher zu den erfolgreichen und stabilen im Gesamtsystem der UdSSR gehört hatte und sich daher eines breiten Konsenses erfreuen konnte.

Gleichwohl: Eine Aufholjagd auf breiter Front mit dem Mittel-, Ressourcen- und Personaleinsatz, wie ihn etwa die junge Sowjetunion in den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts betrieben hatte, um ein flächendeckendes und effizientes Bildungssystem aufzubauen und Russland in einen modernen Industriestaat zu verwandeln, ist nicht mehr möglich. Deutlich erkennbar ist die Entwicklung hin zu einem Zweiklassensystem im Hochschulbereich: Auf der einen Seite gibt es die Gruppe der Führenden Universitäten mit einer wesentlich stärkeren Finanzierung, größerer politischer und öffentlicher Aufmerksamkeit, einer besseren wirtschaftlichen Vernetzung, breiteren internationalen Integration und günstigeren akademischen Rahmenbedingungen, aber auch konfrontiert mit einer klaren

staatlichen Erwartungshaltung. Diese derzeit aus 45 Hochschulen bestehende Gruppe bildet keinen „closed shop“. Die Gruppe kann weitere Hochschulen aufnehmen, bei Nichterfüllung der Erwartungen können aber Mitglieder wieder ausscheiden. Auf der anderen Seite steht die große Gruppe der „normalen“ Hochschulen, die mit geringeren Mitteln auskommen müssen. Von ihnen werden aber im Wesentlichen nur Lehraufgaben erwartet. Die Entwicklung der Reform gibt zu erkennen, dass sich die einstige Egalität sowjetischer Hochschulen in ihrer Gesamtheit aufgelöst hat und nicht mehr besteht.

#### **5.1. Neue Verantwortung versus alte Reflexe**

Mit der Einführung des generellen Wettbewerbsprinzips, des Leistungsprinzips, der neuen Finanzierungspolitik und der allgemeinen Internationalisierung erwächst den Hochschulen erheblich mehr Eigenverantwortung. Risiken und Chancen sind größer geworden. Die Persönlichkeit des Rektors, seine Kontakte zu Wirtschaft, Administration und zu den verantwortlichen Politikern der Region sowie seine Fähigkeit, Projekte und Mittel einzuwerben und seine Universität konkurrenzfähig zu machen, sind für den Fortbestand seiner Hochschule existentiell geworden. Durch die Gewinnung qualifizierter Lehrkräfte und Wissenschaftler kann er auch darauf hinwirken, dass sich gute Abiturienten für seine Universität interessieren und er in den entsprechenden Rankinglisten positiv abschneidet.

Alle diese Entwicklungen haben die Hochschulen aber auch atmosphärisch verändert. Der Konkurrenzdruck unter den Lehrkräften hat zugenommen, die Personalrotation und der Wechsel von Ansprechpartnern in Entscheidungspositionen und Projekten sind hoch. Das Klima ist insgesamt sachlicher, funktionaler, gleichzeitig aber auch kühler und distanzierter geworden. Der Zwang zur Wirtschaftlichkeit, zur Transparenz und Dokumentation, der Rechtfertigungsdruck, die Anforderungen an administrative Qualität, aber auch die Tatsache, dass viele Rektoren nunmehr von außerhalb der Hochschulen kommen, haben einen akademischen Klimawandel bewirkt. Der „akademische Geist“, der sich in der sowjetisch geprägten Zeit als erstaunlich lebendig erwiesen hatte, ist einer nüchternen Managerattitüde gewichen. In diesem Kontext kann es vorkommen, dass Hochschulen von sich aus „unrentable“ Fächer aus wirtschaftlichen Erwägungen aufgeben. Dazu zählt unter anderem auch das Fach Deutsche Sprache oder Deutsche Philologie! Gewonnen haben die Universitäten in ihrer Außendarstellung. Ihre Messeauftritte oder Präsentationen im Netz sind professionell geworden.

Dennoch machen sich alte Reflexe und „Phantomschmerzen“ des früheren sowjetischen Systems im Einzelfall immer noch bemerkbar. Hochschulen, die einst wegen ihrer fachlichen Einbindung in den Militärtechnischen Komplex bis 1991 für

Ausländer geschlossen waren oder die sich in geschlossenen, für Ausländer unzugänglichen Regionen befanden, tun sich immer noch schwer, die Aufmerksamkeit einer internationalen Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Man spürt direkt die Hemmungen! Die Nationale Forschungsuniversität Tomsk, die älteste und renommierteste Universität in Sibirien, deren Qualität in Russland vorbehaltlos anerkannt wird, ist trotz ihres lebendigen Marketings außerhalb des Landes oder der GUS kaum bekannt. Die Jahrzehnte lange aufgezwungene Isolation, das Verbot, Auslandskontakte zu pflegen, haben verhindert, dass eine Reihe von Hochschulen, darunter auch nicht wenige aus der Gruppe der Führenden Universitäten, jetzt Wettbewerbsnachteile erfahren muss. In diese Reihe gehören Universitäten in Nizhnij Novgorod, in Samara - die Universität für Luft- und Raumfahrt wurde erst 2011 „geöffnet“ -, weiterhin in Uljanovsk, Saransk, Perm, Ekaterinburg, Tscheljabinsk, Vladivostok und weitere. Erschwerend für die Schaffung und Pflege internationaler Kontakte kommt bei vielen Universitätsstandorten ihre geographische Lage abseits der internationalen Verkehrswege hinzu.

## **5.2. Geistes- und Sozialwissenschaften**

In der Bewertung von Geistes- und Sozialwissenschaften im Sinne „staatlicher Nützlichkeit“ bestehen die latenten Vorbehalte weiter. Zum einen hatten diese Wissenschaftsbereiche, auch bereits vor 1917, nicht die Tradition und die Qualität wie ihre (west)europäischen Pendanten, auch wenn es um die Wende vom 19. zum 20. Jhd. und danach zu einem bemerkenswerten Aufschwung in diesen Fächern gekommen ist. Zum anderen fallen die Leistungen dieser Fächer und der in ihnen tätigen Wissenschaftler im Vergleich zu den exakten Wissenschaften im weiteren Verlauf des 20. Jhds. wegen der für sie ungünstigen politischen Rahmenbedingungen deutlich schwächer aus. Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind in ihrer Gesamtheit nicht von derselben stringenten Methodik und Systematik geprägt, wie es in der westlichen Tradition der Fall ist. Überdies haftet ihnen noch das kollektive Stigma ihrer politischen Instrumentalisierung und ihrer früheren Verpflichtung auf Parteilichkeit während der Ära der UdSSR an. Das gilt in besonderer Weise für die Politischen Wissenschaften. Die sich über drei Generationen (von etwa 1920 bis 1991) erstreckende Förderung und deutlich akzentuierte Wertschätzung der Natur- und Ingenieurwissenschaften durch den Staat, aber auch die Tatsache, dass kreative und aufrechte Persönlichkeiten sich für die nur schwer ideologisierbaren Natur- und Ingenieurwissenschaften entschieden haben und dass in den Geistes- und Sozialwissenschaften eher schwächere Fachwissenschaftler vertreten waren, die sich zu arrangieren bereit sein mussten, hat zu einer Langzeitselektion von fachlichen und persönlichkeitsabhängigen Kompetenzen geführt, die noch nicht überwunden ist. Aber die Tür ist geöffnet, da die inzwischen intensiv gewordenen internationalen Kontakte zu erkennen geben, dass die „soft



sciences“ durchaus die Rahmenbedingungen schaffen und die Voraussetzungen bilden, damit die geforderte innere Erneuerung des Systems geleistet werden kann.

Nur die geistes- und sozialwissenschaftlich orientierten Hochschulen, die zu Beginn der 1990er Jahre gegründet wurden, allen voran die Higher School of Economics (HES), die Russische Staatliche Geisteswissenschaftliche Universität (RGGU), die Europäische Universität in St. Petersburg, die die bestmöglichen Köpfe sammeln und verstärken konnten, waren in der Lage, einen qualitativen Neustart in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu machen.

Wie gegenwärtig die CEU in Budapest/Ungarn und bereits früher die EHU in Minsk/Belarus ist jetzt auch die Europäische Universität St. Petersburg von einer Schließung bedroht.

Der Transformprozess der russischen Hochschulen stellt, von außen betrachtet, einen Wettlauf gegen die Zeit dar. Es hat Jahre gedauert, bis dass das alte System als völlig unbrauchbar erkannt worden ist. Es bedarf aber auch noch vieler weiterer Jahre, bis dass ein System mit neuen Köpfen und mit der Akzeptanz neuer Leitlinien und Konzepte schlagkräftig geworden ist, damit wieder Spitzenqualitäten entstehen können. Die Aufholjagd mit den Führenden Universitäten ist das schmale Segment, von dem man sich den gewünschten Erfolg verspricht. Wenn die personelle, inhaltliche und strukturelle Modernisierung der Akademie der Wissenschaften als Gesamtprojekt nicht gelingt, werden die Nationalen Forschungsuniversitäten und eine kleine Zahl von AdW – Instituten und Forschungszentren die künftige Forschungslandschaft Russlands alleine bestimmen.

Mit Blick auf eine zunehmend von nationalen Vorstellungen und Werten gesteuerte russische Politik, die wieder mehr auf Abgrenzung nach außen und auf Machtdemonstration und Stärke nach innen setzt, ist es aus Sicht des Auslandes auch wünschenswert, wenn gut ausgebildete Wissenschaftler als eine gesellschaftlich relevante Gruppe erhalten bleiben, die rational, argumentativ und international erfahren ihre Stimme erheben und sich Gehör verschaffen können und als Ansprechpartner mit einer gewissen Multiplikatorenfunktion auftreten.

## **6. Weiterer Reformbedarf**

Die bisherigen Reformen im Russischen Hochschulwesen haben sich – und so hatte auch der Auftrag des Präsidenten der Russischen Föderation gelaundet – auf quantitative Aspekte konzentriert. Die Zahl der Hochschuleinrichtungen, der Lehrkräfte und der Studierenden wurde reduziert. In gewissem Umfang hat sich,

ebenfalls wie gefordert, bereits die Vergütung der Hochschullehrer erhöht, bei der Gestaltung ihrer Curricula haben die Hochschulen größere Spielräume erhalten, die allerdings nicht alle Hochschulen auch entsprechend nutzen. Erkauft wurden die Reformmaßnahmen mit einem sprunghaft gestiegenen und strikt eingeforderten Verwaltungs- und Dokumentationszuwachs sowie mit einer erheblichen zusätzlichen Lehrbelastung und Deputatserhöhung der Dozenten und Hochschullehrer. Parallel dazu ist für die Studierenden die Zahl der Pflichtlehrveranstaltungen in die Höhe geschneit. Da unter anderem die Teilzeitstellen und Lehraufträge in großem Umfang abgebaut wurden – hier waren viele nicht hinreichend qualifizierte Kräfte eingesetzt –, müssen die Vollzeitkräfte diese Lehraufgaben größtenteils mit übernehmen. Eine inhaltliche Reform, eine „Entrümpelung“ der Studiengänge, eine sinnvolle Reduktion der Lehr- und Lernbelastungen in Verbindung mit einer qualitativen Steigerung der Studieninhalte stehen bisher noch aus.

Ebenfalls noch nicht effizient modernisiert sind die Verfahren der wissenschaftlichen Qualifizierung bei Promotion und Habilitation. Die immer noch gültigen Verfahren sind umständlich, und nicht die Universität oder Fakultät entscheidet in letzter Instanz über Annahme oder Ablehnung der wissenschaftlichen Arbeit, sondern die außerhalb der Universität bzw. der Akademie der Wissenschaften stehende Oberste Attestatskommission. Im Falle der Habilitation ist sie es sogar, die die entsprechende Urkunde aushändigt, nicht die Universität oder die Akademie. Im Gegensatz zu den Wissenschaftsorganisationen in Deutschland verfügt die Akademie über das Promotions- und Habilitationsrecht.

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu einer inhaltlichen und qualitätsorientierten Studienreform ist in den in diesem Fall liberalen Bestimmungen der russischen Sozialgesetzgebung zu suchen. Der Eintritt ins Rentenalter bedeutet nicht zwangsläufig die Beendigung der bisher ausgeübten Berufstätigkeit. Gerade im Schul- und Hochschulbereich setzen viele ältere Lehrkräfte ihre Arbeit, zum Teil weit über die reguläre Lebensarbeitszeit hinaus fort, um ihre kargen Renten aufzubessern. Es findet aber keine Erneuerung ihrer Lehrinhalte mehr statt, zudem blockieren sie die Stellen für den Nachwuchs. Ohne eine entsprechende Gesetzesänderung und eine verbesserte Rentenausstattung ist dieses sozial basierte Problem jedoch nicht lösbar. Nur bei grundlegenden Strukturveränderungen können Personalmaßnahmen getroffen werden. Diese Chance haben vor allem die Führenden Universitäten für eine personelle Verjüngung in Anspruch genommen.

Ebenfalls nicht erkennbar ist, inwieweit die FANO in der Lage ist, ein Strukturkonzept zu entwickeln und umzusetzen. Die AdW spielt eindeutig auf Zeit, um den Transformprozess zu unterlaufen.

## 7. Wende oder Ende der Reform?

Im August 2016 hat sich die Leitung der Akademie der Wissenschaften in Reaktion auf die als unerträglich empfundenen Einmischungen und Vorgaben der FANO in die Forschungsfreiheit der Akademie sowie auf deren unsachgemäße und die Komplexität von Forschung nicht berücksichtigende Berichtsanforderungspraxis in einem von vielen Wissenschaftlern unterzeichnetem Brief an Präsident Putin gewandt und die Ablösung des Ministers für Bildung und Wissenschaft, Dmitrij Livanov, gefordert. Denn dieser wird als der eigentliche Urheber und Verursacher der prekären Wissenschaftssituation betrachtet. Gleichzeitig wiederholten die Unterzeichner des Briefes die Forderung nach Wieder-Einrichtung eines „Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technologie“, eines von 1948 bis 1991 bestehenden Gremiums, das mit Vertretern verschiedener Ministerien und staatlicher Einrichtungen sowie der Akademie der Wissenschaften besetzt war. Zu seinen Aufgaben hatte die Entwicklung und Ausarbeitung grundlegender wissenschaftlicher und technischer Schwerpunkte gezählt, ein zentrales Monitoring zu wissenschaftlichen Entdeckungen und Erfindungen sowie deren technische und wirtschaftliche Umsetzung. Das Komitee hatte also die Funktion eines Technologietransfers wahrgenommen. Durch dieses Komitee trat der Staat gleichzeitig als Auftraggeber, Koordinator und Financier des Wissenschaftssystems in Erscheinung, ein Wettbewerb um Mittel, wie er jetzt praktiziert wird, war daher nicht erforderlich.

Präsident Putin ist der Forderung der Akademie nach Ablösung des Bildungs- und Wissenschaftsministers nachgekommen. Unklar ist, ob er diesen Schritt aus sachlichen Gründen vollzogen hat oder, mit Blick auf die Präsidentenwahl 2017, aus wahltaktischen Gründen. Denn Minister Livanov hat eigentlich nur die Forderungen Putins von 2013 zur Reform von Hochschule und Wissenschaft umgesetzt. Die neue Ministerin für Bildung und Wissenschaft wurde, auf Vorschlag von Premierminister Dmitrij Medvedev, Olga Vasileva. Sie ist eine promovierte Historikerin mit Nähe zum Patriarchat und zur Amtskirche und war Mitarbeiterin des Präsidentenapparates bis zu ihrer jetzigen Ernennung. In ihrer ersten Presseverlautbarung betonte sie die Bedeutung einer patriotischen Erziehung von Schülern und Studenten.

Mit der Ernennung dieser neuen Bildungsministerin wird möglicherweise wiederum ein seit Peter I. und verstärkt seit etwa der Mitte des 19. Jhd. für Russland bekannter Richtungsstreit sichtbar. Soll sich die politische, kulturelle und gesellschaftliche Zukunft Russlands an westlichen Vorbildern – und hier waren vor allem Deutschland und Frankreich gemeint – oder an den ererbten eigenen Werten orientieren? Während die „Zapadniki“, die „Westler“ für eine Modernisierung und

Ausrichtung an westlichen, europäischen Modellen eintraten, sahen die sog. Slavophilen auf die nationalen Stärken und nahmen den westlichen Werten gegenüber stets eine konservative Haltung ein. Westlichen Veränderungstendenzen und Einflüssen standen sie skeptisch bis ablehnend gegenüber, übernahmen aber technische Neuerungen. In der gegenwärtigen aktuellen Hochschulszene Russlands lässt sich die Higher School of Economics als die Repräsentantin der Westler – Gruppe, die Staatliche Universität Moskau als Vertreterin der Slavophilen – Richtung erkennen. In vielen Bereichen hat die russische Politik inzwischen wieder eine sich nach außen abgrenzende, das Nationale und Patriotische betonende Haltung eingenommen. Die Motivation zur „Rückholung“ der Krim hat ihre Wurzeln unter anderem auch in eben dieser Einstellung.

Im Hochschulbereich war bis zum Sommer 2016 unter Bildungsminister Dmitrij Livanov eine eindeutig westlich – internationale und reformorientierte Bildungs- und Wissenschaftspolitik in Russland zu beobachten, auch wenn es berechtigte Kritik an der Umsetzung der Reform gab. Livanov hat die Notwendigkeit einer Entsovjetisierung des Hochschulsystems als Voraussetzung für eine Modernisierung der Arbeits- und Wirtschaftswelt Russlands und als unabdingbare Grundlage für die Gewinnung neuer und junger Köpfe erkannt, wenn das Land sich im internationalen Wettbewerb behaupten und seine wirtschaftliche Zukunft und politische Bedeutung nicht nur im Rohstoffverkauf sehen will. Der Reformprozess ist aber noch lange nicht abgeschlossen.

Mit der personalpolitischen Entscheidung Präsident Putins, das Amt des Ministers für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation mit Olga Vasileva zu besetzen, ist nicht auszuschließen, dass der Reformprozess in Hochschule und Wissenschaft, wenn nicht gestoppt, so doch erheblich gebremst werden wird. Lediglich die Gruppe der bisher elf "Stützuniversitäten" wurde um 22 neue erweitert, die auch Zusatzmittel erhalten sollen. Allerdings sind diese 22 neuen nicht mehr im Wege einer Fusion entstanden, sie behalten ihren früheren juristischen Status und den alten Namen. Die Abkehr von der Politik der Qualitätserhöhung durch Konzentration wird offenkundig.

## Impressum

### Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst  
German Academic Exchange Service  
Kennedyallee 50, D – 53175 Bonn  
[www.daad.de](http://www.daad.de)

Referat:

Koordinierung und Regionalwissen

### Projektkoordination

Dr. Gregor Berhorn  
ehem. Leiter der Außenstelle Moskau und Direktor des DIWH Moskau

DAAD Außenstelle Moskau  
Deutscher Akademischer Austauschdienst  
Leninskij Prospekt 95a  
119313 Moskau  
Russische Föderation